



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

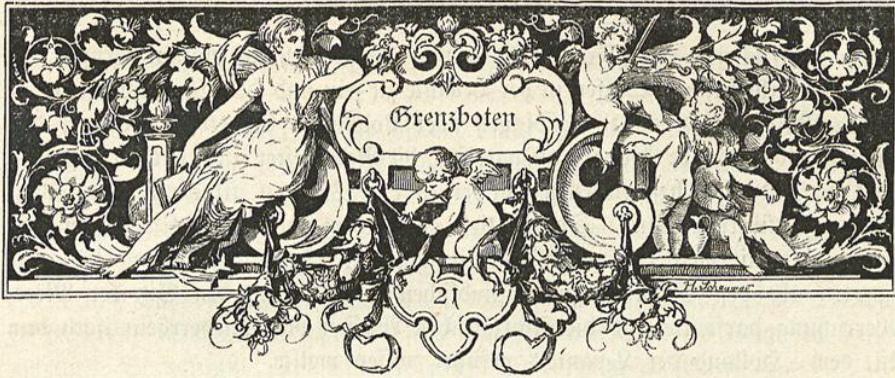
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die ägyptische Frage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die ägyptische Frage.



In den letzten Wochen ist die ägyptische Frage wieder stark in den Vordergrund getreten, ihre Lösung wird aber auch diesmal nur eine vorläufige sein, wie in allen Stadien, die sie bisher durchlaufen hat. Sie ist schon lange auf dem Tapet, genau genommen schon seit dem Beginn des sechzehnten Jahrhunderts, und das kann nicht Wunder nehmen, da das untere Nilthal, ganz abgesehen von seiner Fruchtbarkeit, offenbar eine große Bestimmung hat. Es ist zu einer Hauptstation des Völkerverkehrs geschaffen, ein Bindeglied zwischen Europa und Südostasien. An der Schwelle der neueren Geschichte scheidet sich der Seeweg nach dem Isthmus vom Landwege, der seine Niederlage in Ägypten hatte und dieses mächtig bereicherte. Darum ersuchte der Sultan von Kairo 1504 den Papst, den christlichen Völkern den Seeweg um Südafrika nach Indien zu untersagen. Albuquerque dagegen sah Portugals dortige Herrschaft nur für den Fall gesichert, wenn es den Landweg beherrschte und ihn aller Welt verschließen konnte. Deshalb besetzte er Aden am Eingange ins Rote Meer und Ormuz am Persischen Golfe und dachte an Ableitung des Nil ins Rote Meer, wodurch Ägypten zur unbewohnbaren Wüste werden sollte. Nachdem dann der praktischen Politik der Blick für die Bedeutung Ägyptens abhanden gekommen, fand er sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wieder ein, als der Verkehr englischer Schiffe zwischen Bombay und Suez lebhafter geworden war, und 1774 untersagte die Pforte diese Schifffahrt der „schurkischen Sekte der Christen,“ welche die Sinder zu ihren Knechten gemacht hatte.

Andererseits hatte sich Leibniz bemüht, den Franzosen die Wichtigkeit Ägyptens begreiflich zu machen. Er sah durch Ludwig den Vierzehnten das deutsche Reich bedroht und glaubte den Ehrgeiz des Königs und seiner Räte durch den Hinweis auf ein nicht minder lockendes Ziel ablenken zu können.

Grenzboten II. 1882.

46

Schon 1670 schrieb er: „Frankreich ist von der Vorsehung Gottes berufen, ein Führer der christlichen Waffen in der Levante zu sein und der Christenheit Godofredos, Balduino's, vor allen Dingen aber Lodovicos Sanctos zu geben, das ihm gegenüberliegende Africam anzugreifen, die Raubnester zu zerstören, Aegypten selbst, so eines der bestgelegenen Länder in der Welt, zu attackiren und selbige Länder zu übermeistern.“ Später ließ er Colbert durch den Kurfürsten von Mainz eine mit meisterhafter Bündigkeit abgefaßte Denkschrift übermitteln, die Aegypten als den Schlüssel zum ostindischen Handel und den Sitz der Meerbeherrschung darstellte und die französischen Waffen vom Niederrhein nach dem Nil, dem „Holland der Levante,“ geführt wissen wollte.

Colbert verschmähte den Rat des deutschen Philosophen und Politikers, da er meinte, seit dem heiligen Ludwig sei dergleichen nicht mehr mode. Aber Napoleon kam unabhängig von Leibniz auf den Gedanken zurück. Bereits 1797 schrieb er an das Direktorium: „Sollten wir beim Frieden mit England gezwungen sein, das Kap der guten Hoffnung herauszugeben, so wird es unbedingt notwendig sein, Aegypten in Besitz zu nehmen.“ 1799 ersuchte er Tippto Saib, einen Vertrauten zur Verabredung gemeinsamer Schritte zum Umsturz der britischen Herrschaft in Indien nach Suez zu schicken. Sein Feldzug nach dem Lande der Pyramiden und dessen schließliches Mißlingen ist bekannt. Der Hauptzweck desselben war nach den Äußerungen des Kaisers auf St. Helena Vernichtung der englischen Macht. „Vom Nil sollte das Heer ausziehen, um beiden Indien ein neues Geschick zu bereiten. Aegypten sollte San Domingo und die Antillen ersetzen, die Freiheit der Schwarzen mit den Interessen unsrer Industrie versöhnen. Die Eroberung dieser Provinz hatte den Sturz aller englischen Niederlassungen in Amerika und auf der Halbinsel des Ganges zur Folge. Waren die Franzosen erst Herren der Seehäfen Italiens, Korsus, Maltas und Alexandriens, so wurde das Mittelmeer ein französischer Binnensee.“

Seit dieser Zeit blieben die Augen der Pariser Politiker auf Aegypten gerichtet. Frankreich galt schon zu Anfang der dreißiger Jahre als Mehemed Alis Patron. Sein Konsul in Alexandrien verfocht die Zweckmäßigkeit einer Erhebung des Paschas auf Kosten des Sultans. Tausende von Franzosen hatten sich in den ägyptischen Städten angesiedelt, und viele erfreuten sich einflußreichster Stellung. Was sich von abendländischer Gestattung, Kunst und Industrie im Lande befand, war größtenteils französischen Ursprungs. „Die Ägypter,“ sagte Ibrahim Pascha selbst, „sind Kinder der Franzosen.“ Auch in den Kriegen Mehemed Alis mit der Pforte nahm Frankreich nach Möglichkeit Partei für den ersteren, und wenn derselbe nicht mehr dabei erreichte, so war es nicht die Schuld der Pariser Politiker. Diese wollten im Hinblick auf das Vorgehen Rußlands und dessen gestiegenen Einfluß in Konstantinopel Verjüngung der osmanischen Monarchie durch deren Aufgehen in dem Staatsorganismus des ägyptischen Vizekönigs. Aber England war diesem Plane durchaus abgeneigt,

da es aus guten Gründen befürchtete, Frankreich werde sich den Vorteil davon allein aneignen.

Diese Nebenbuhlerschaft hat seitdem lange Zeit die Geschichte Ägyptens vorzugsweise bestimmt, erst in neuerer Zeit machte auch Italien einen gewissen Einfluß auf dieselben geltend, und zuletzt ist dies von seiten aller Großmächte geschehen. Sehr gegen den Wunsch und Willen Gambettas, der in seinen Blättern die Meinung verfocht, Europa habe England und Frankreich Vollmacht erteilt, die Ruhe in Ägypten aufrecht zu erhalten und es nach eigenem Ermessen zu regieren, weshalb es jetzt gar nicht dreinzureden habe, so lange die gegenwärtigen Verhältnisse nicht eine gänzliche Umwälzung erführen.

Betrachten wir kurz die jüngste Vergangenheit Ägyptens und seine gegenwärtigen Verhältnisse, soweit die Wahrheit sich aus den darüber eingelaufenen, sich oft widersprechenden Nachrichten erkennen läßt. Durch die Militärrevolution Arabi Beis wurde dem unfähigen Chedive Tewfik eine Änderung des Ministeriums und eine Art Volksvertretung abgenötigt. Der neue Premier Scherif Pascha genügte der „Nationalpartei,“ wie sich die Anhänger Arabis nannten, bald nicht mehr, und der letztere gewann maßgebenden Einfluß. Eine Verschwörung der scherkeffischen Elemente in der Armee gegen ihn wurde entdeckt und rasch unschädlich gemacht. Dem Anspruch der Landesvertretung auf Bewilligung des Budgets gegenüber erwies sich die Haltung der von den Westmächten eingesetzten Finanzkontrolleure als eine Unbequemlichkeit, die durch das schroffe Auftreten des französischen, eines Herrn von Bliquières, verschlimmert wurde. Dieselben forderten kraft ihrer Vollmacht das Recht, in alle öffentlichen Dienstzweige einzugreifen, um die Finanzverwaltung vollständig überwachen und die Ansprüche der Gläubiger der Staatsschuld möglichst wahren zu können. Das ägyptische Ministerium dagegen gestand den Kontrolleuren nur die Einmischung in die Fragen zu, welche mit der auswärtigen Schuld zusammenhängen, über alle andern sollte die Delegirtenversammlung allein entscheiden. Da man dabei verharrete, legte Bliquières seine Stelle nieder. Gambetta war eben in Paris nicht mehr am Ruder, und Freycinet vermochte die Maßlosigkeit des französischen Bevollmächtigten nicht zu billigen.

Zu diesen Wirren traten allerlei Intriquen, mit denen der Zweck verfolgt wurde, die Absetzung des Chedive Tewfik herbeizuführen und an seine Stelle einen andern zu erheben. Eine Partei wirkte für Rückberufung des wegen unerhörter Vergeudung der Staatsgelder abgesetzten Ismail, eine andre für den in Konstantinopel lebenden und der Pforte ergebenen Halim Pascha, einen Sohn Mehemed Alis, mit dessen Erhebung zum Chedive die alte vom Islam vorgeschriebene Erbfolge wieder ins Leben treten würde, eine dritte scheint an Arabi Bei gedacht zu haben.

Die Nationalpartei oder die arabische muß als entschieden antifranzösisch angesehen werden. Im übrigen hat sie, wenn man der „Times“ glauben darf,

ein achtungswertes Programm: sie erstrebt Beschränkung der fremden Bevormundung, Sparsamkeit im Staatshaushalte, Wahl der Dorfscheichs durch die Gemeinden und Hebung des verschuldeten Bauernstandes. „Wir verteidigen,“ sagt Arabi Pascha, das Haupt dieser Partei, in Briefen an den Engländer Blunt, „die Rechte aller, die in unserm Lande wohnen, welcher Nation sie auch angehören mögen. Alle Verträge und internationalen Verpflichtungen, insbesondre auch die Rechte der Finanzkontrolleure werden getreu beobachtet werden, und wir werden nicht dulden, daß jemand sie verleihe, so lange die europäischen Mächte ihren Verpflichtungen gegen uns nachkommen und ihre freundschaftlichen Beziehungen zu uns aufrecht erhalten. Die Drohungen der großen Bankiers und der Finanzwelt Europas werden wir mit Mäßigung und Festigkeit ertragen. Nach unsrer Meinung werden sie damit nur sich selbst schaden und die Mächte kompromittiren, die sich von ihnen verleiten lassen. Unser einziges Streben ist, unser Land von Sklaverei, Ungerechtigkeit und Unwissenheit zu befreien und unser Volk zu einer solchen Stellung emporzuheben, daß es gegen die Wiederkehr des Despotismus gesichert ist.“ Die Nationalpartei besteht nach Blunt zunächst aus den gebildeten arabisch sprechenden Muslimen, aus der Mehrzahl der bessern Kaufleute und Handwerker in den Städten und den Mitgliedern der Delegirtenversammlung, dann aus den Scheichs der Dörfer und den Fellahin, soweit sie politisches Bewußtsein haben, aus den koptischen Christen, endlich aus den Offizieren der Armee mit Ausnahme der Tscherkessen. Auch unter den Halbbeduinen in Unterägypten soll die Partei Freunde zählen. Die Gegner derselben sind zunächst die vizekönigliche Familie und deren persönliche Anhänger, dann die meisten vornehmen Ägypter, die französisch sprechen und mit Franzosen befreundet sind, ferner die türkisch sprechenden Tscherkessen, die Abkömmlinge der Mameluken, welche ehemals Ägypten beherrschten, die griechischen Bankiers, Wechsel- und Wucherer, die syrischen und armenischen Christen, die den europäischen Beamten als Dolmetscher und Sekretäre dienen und den Konsulaten, den Spekulanten und Zeitungen Neuigkeiten liefern, welche dann durch die europäische Presse die Kunde machen, endlich die meisten der in Ägypten ansässigen Franken. Die Franzosen unter denselben spekuliren meist in ägyptischen Fonds und klagen, daß die Revolution ihnen Verluste gebracht. Die Engländer, gewöhnt, das Land als ihre Domäne zu betrachten, verabscheuen dessen Bestreben, sich unabhängig zu machen; von den Italienern halten es viele mit der Nationalpartei, teils aus Eifersucht gegen Frankreich und England, teils aus Sympathie mit allen freiheitlichen Bestrebungen. „Der wahre Charakter der ägyptischen Umwälzung,“ sagt Blunt, „war der Kampf der Armut gegen den Reichtum, und man muß sich nur wundern, daß sie sich so glatt und ohne Blutvergießen vollzogen hat.“

Wir geben diese Mitteilungen wieder, ohne für die volle Wahrheit derselben einstehen zu können, möchten indeß nach unsrer Kenntnis der Verhältnisse nicht bezweifeln, daß sie im wesentlichen richtig sind.

Die National- oder Autonomistenpartei ist in sich wieder in Fraktionen gespalten. Ein Teil blickt auf den Sultan als die geeignetste Macht zur Fernhaltung fremder Einmischung. Ein anderer fürchtet von der Wiederherstellung der türkischen Herrschaft in Ägypten den Untergang aller Reformen, welche Mehemed Ali und seine Nachfolger bewirkt haben, und einige von diesen Politikern sollen sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, lieber den frühern Chedive Ismael Pascha zurückzurufen. Der jetzige hat zwar seinen Frieden mit der Partei Arabi Paschas gemacht, aber niemand schenkt ihm Vertrauen. Von seinem andern Nebenbuhler, Halim Pascha, wird behauptet, daß er hervorragende Talente, Verständnis für die verschiedensten Fragen und einen energischen Charakter besitze. Er genießt das Vertrauen des Sultans und der alttürkischen Staatsmänner und scheint den Absichten derselben dienen zu wollen. Der Sultan Abdul Hamid aber sähe am liebsten den erblichen Chedive ganz verschwinden und Ägypten wieder zu einer bloßen Provinz seines Reiches werden, und noch angenehmer wäre seinen Günstlingen ein solches Wiederaufleben der frühern Ordnung der Dinge, weil dasselbe ihnen Aussicht auf sehr einträgliche Statthalterposten eröffnen würde.

Aus Konstantinopel wurde vor kurzem berichtet, daß die Pforte sich veranlaßt gesehen, den Mächten anzudeuten, daß es notwendig werden könnte, aktive Maßregeln zur Aufrechterhaltung ihrer Suzeränitäts- und Tributrechte in Ägypten zu treffen, wo eine andre Intervention als die des Sultans nicht zulässig sei. Osterreich, Deutschland und Rußland würden ein solches Eingreifen der Türkei unter gewissen Bedingungen gestatten, Italien sei gleichfalls dazu geneigt, und was England betreffe, so schwanke es in der Sache. Das letztere ist richtig und wird durch das neueste englische Blaubuch bestätigt. Lord Dufferin, der britische Botschafter in Konstantinopel, erklärte sich nach demselben allerdings gegen eine Einmischung der Pforte in die ägyptischen Händel. Sir Mallet dagegen, der Generalkonsul Englands in Kairo, schrieb im vorigen September, als er in Konstantinopel war: „Ich sagte dem Sultan, daß die Regierung der Königin sich bewegen gefunden habe, mich zu fragen, was zu thun sei, wenn die militärische Meuterei fortbauere, und daß ich geantwortet, das Heilmittel läge in den Händen des Sultans, des Suzeräns des Chedive. Ich habe diese Meinung ausgesprochen, weil sie die einzige scheint, die mit der allgemeinen Politik Englands in Ägypten übereinstimmt. Wenn also unglücklicherweise eine bewaffnete Repression notwendig werden sollte, so scheint sie mir durch die suzeräne Macht erfolgen zu müssen.“ Daß Mallet eine Zurückweisung dieser Ansicht zugegangen oder daß gar keine Abberufung erfolgt wäre, ist nicht zu ersehen.

Ganz anders hat man sich die Stellung Frankreichs zu der ägyptischen Frage vorzustellen, und namentlich Gambetta und seine Partei hegen ohne Zweifel im Stillen Pläne, die mit den Napoleonischen zusammenfallen, wenn

die Herren auch deren Verwirklichung angeichts der gegen damals wesentlich veränderten politischen Konstellation nicht sofort in Angriff nehmen, sondern nur vorbereiten wollen. Der französischen Regierung widerstrebt jede Einmischung der Türkei in die ägyptischen Angelegenheiten. Unter Gambetta hätte man am liebsten selbst intervenirt, zur Not gemeinschaftlich mit England, das man dann auf die oder jene Art wieder herausmanövriren zu können hoffte. In Frankreich hat man von einer gelingenden Intervention der Pforte in der That Stärkung des Panislamismus zu fürchten, der die französischen Besitzungen in Nordafrika mit Einschluß von Tunis bedroht, und so hat man seit der tunesischen Expedition und vor allem unter Gambettas Regiment die öffentliche Meinung unablässig bearbeitet, um ihr den Satz, daß eine türkische Einmischung in die ägyptischen Wirren mit den Interessen Frankreichs unerträglich sei, zum Dogma zu machen, und diese Bestrebungen sind gelungen. Freycinet selbst ist diese Beobachtung nicht entgangen, und er rechnet mit ihr. Bekannt ist, daß er bisher eine türkische Intervention für unstatthaft erklärt hat, weniger vielleicht, weil er überzeugt war, daß sie verderbenbringend sei, als weil er Gambetta, seinem Gegner, keine Waffe in die Hand geben wollte. Käme es dazu, daß der Sultan einen neuen Chedive einsetzte und ihn mit einem Heere den Ägyptern aufzwänge, so würde Gambetta dies vermutlich ohne Verzug zu einem Sturm gegen das jetzige französische Ministerium benutzen, das Interesse Frankreichs für preisgegeben erklären und Freycinet mit seinen Kollegen zu stürzen suchen. Nun ist zwar sicher, daß die große Mehrheit des französischen Volkes und seiner Vertreter die maßvolle Haltung des gegenwärtigen Kabinetts, die „Politik ohne Abenteuer“ im Gegensatz gegen die Gambettasche gutheißt, und daß diese Mehrheit zur Zeit überhaupt ernstlich und aufrichtig den Frieden will. Indes weiß doch niemand bestimmt, welche Wirkung die zu ernster Stunde von der Rednertribüne und in der Presse dem Volke zugebrachten Kraftworte „Ehre, Vaterland, Nationalbanner!“ haben würden; denn unsre westlichen Nachbarn sind nicht zu berechnen, falls man derartige schöne Sachen gegen ihre Kopfnerven spielen läßt, und Gambetta ist in diesem Spiel immer Meister gewesen.

Die Schwierigkeit einer Lösung der ägyptischen Frage ist also weit mehr in den inneren Verhältnissen Frankreichs als in Ägypten selbst zu suchen. Freycinet wird alles mögliche thun, um Gambettas Aktions- und Interventionsprogramm nicht aufnehmen zu müssen, und wenn es einmal zur Ersetzung des schwachen Tewfik durch einen andern Prinzen der Dynastie Mehemed Alis kommen und dieser Alt sich, wie zu erwarten, glatt und leicht vollziehen sollte, so ist alle Hoffnung vorhanden, daß Freycinet jenes sein friedliches Programm auch auszuführen imstande sein werde. Jedenfalls kann er dabei auf die Unterstützung aller oder doch fast aller Mächte rechnen, und deren Haltung wird ihm zum Anhalt gegenüber der Opposition im Abgeordnetenhaufe dienen. Frankreich wird nicht leicht seine Einwilligung zur Absendung türkischer Truppen nach Ägypten

geben, wie kritisch sich auch die Verhältnisse dort gestalten mögen. Der Grund dieser Abneigung gegen eine Dazwischenkunft Abdul Hamids am Nil ist angedeutet: wird dem Sultan die Ausübung seiner Oberhoheitsrechte in Kairo zugestanden, so ist es schwer, sie ihm in Tunis zu versagen, und so ist er, abgesehen davon, ein mächtigerer Gegner der französischen Herrschaft in Afrika und der weiteren Pläne Frankreichs an dessen Mittelmeerküsten geworden, als er bisher war. Man will umsoweniger jenen Präcedenzfall schaffen, als England und Italien denselben gern sehen würden. Gambetta kündigte in seinen Blättern den Engländern in ziemlich deutlichen Worten die Freundschaft auf, falls sie sich in der Sache ferner der Pforte günstig zeigen sollten. Freycinet dagegen hat wohl die Ereignisse von 1840 nicht vergessen, wo Thiers in derselben Frage den Franzosen eine verdrießliche Niederlage bereitete. Er meint, nicht aus dem „Konzert der Mächte“ heraustreten zu dürfen, d. h. er würde sich dem Willen Europas zuletzt trotz seiner Rücksicht auf Gambetta fügen, falls dieser Wille die Ersetzung Tewfik's durch Halim, den Kandidaten des Sultans, und eine zeitweilige Besetzung Ägyptens durch türkische Truppen verlangte und dabei der Aktion des Sultans angemessene Schranken zöge.

Soweit sind aber die Dinge noch nicht gediehen. Jenes Verlangen ist noch nicht gestellt und wird vielleicht überhaupt nicht gestellt werden. Vielmehr meldete ein Pariser Telegramm der „Times“ am 6., die Großmächte hätten sich in Betreff der ägyptischen Frage über folgende Punkte verständigt: Die Vorgänge in Ägypten sollen genau überwacht werden. Die Initiative zum Austausch der Ansichten unter den festländischen Regierungen soll der französischen überlassen werden, doch unter der Bedingung, daß sie sich mit England verständigt. Das Prinzip einer türkischen Intervention wird aufgegeben. Tewfik soll so lange auf dem Throne erhalten werden, als sein Verbleiben sich mit der Aufrechthaltung der Ordnung in Ägypten verträgt. Seine Ersetzung durch Halim Pascha seitens der Pforte soll nur auf einstimmiges Verlangen der Großmächte erfolgen.

Wir können diese Abmachung, falls sie schon stattgefunden hat, für keine endgiltige Erledigung ansehen. Ägypten wird aller Wahrscheinlichkeit nach über kurz oder lang weiter von sich reden machen.

Nachschrift. Die Voraussage am Schlusse dieses Aufsatzes hat sich rasch erfüllt. Arabi Pascha hat die ägyptische Delegirtenversammlung einberufen, um sie wegen Absetzung Tewfik's petitioniren zu lassen. Die Delegirten haben sich geweigert, zusammenzutreten, wenn man sie nicht auf legale Weise dazu auffordere. Arabi Pascha will nun den Chedive mit Gewalt, d. h. durch eine neue Kundgebung des Militärs, entfernen. Die Haltung der europäischen Großmächte gegenüber diesen Ereignissen scheint festzustehen: man wird die Initiative den Westmächten überlassen, doch unter der Bedingung, daß sie die Frage im Einvernehmen mit den übrigen vier Großmächten lösen. England gedenkt zwei

Panzereschiffe nach Alexandrien zu schicken, Frankreich beabsichtigt, dies ebenfalls zu thun. Eine kurze Intervention der Pforte mit Absendung von Landtruppen ist noch immer nicht ausgeschlossen.



Die Grundlagen der preussischen Kirchenpolitik unter König Friedrich Wilhelm IV.

Von Emil Friedberg.

(Schluß.)



Als Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung gekommen war, schien die Regelung der Posener Frage die dringendste zu sein.

Schon als der Weihbischof von Gnesen am 13. Januar 1840 gestorben war, befürchtete Altenstein das schlimmste, da niemand am nächsten grünen Donnerstag das heilige Öl weihen könne und in beiden Diözesen niemand mehr die Ordinationsbefugnis besitze. Schon damals beantragte er beim Könige, entweder Dumin zu begnadigen oder mit Rom neu zu verhandeln. Friedrich Wilhelm III. hatte beides abgelehnt und ebenso, die Ordre vom 28. Januar 1838 auf Posen zu übertragen. Doch war er dem Gedanken nicht abgeneigt, Dumin aus Colberg zu entlassen, aber ihm das königliche Hoflager zu verbieten.

Jetzt fand schnell eine Verständigung statt. Die Regierung verhiess bezüglich der gemischten Ehen nur § 442, Allg. Landrecht, Teil II, Tit. 11 als Norm festzuhalten, also keine Notiz davon nehmen zu wollen, aus welchem Grunde die Einsegnung gemischter Ehen untersagt werde. Dabei könne der Erzbischof seinen frühern Wunsch, den Geistlichen die Einsegnung gemischter Ehen zu untersagen, ausführen. Das Breve Pius' VIII. oder die Deklaration Benedicts XIV. dürfe nicht eingeführt, Anfrage in Rom nicht gehalten werden. Die Regierung verheißt das weiteste Nachsehen und „Ignoriren.“ Formale Zugeständnisse bleiben ausgeschlossen; die Regierung kann sich nicht kompromittiren, aber auch der Erzbischof soll nicht kompromittirt werden.

Zum Abschluß des Friedens wurde Mücke nach Colberg geschickt. Er sollte dem Erzbischof die Forderung des Königs eröffnen, daß der Erzbischof erstens „zuvor seine Unterwürfigkeit, seinen Gehorsam und seinen festen Vorsatz, den dem hochseligen Könige geleisteten Eid auch Sr. jetzt regierenden Majestät treu und gewissenhaft zu halten, ausdrücklich erklärt, und zweitens das Versprechen abzugeben haben wird, sein geistliches Hirtenamt nach besten Kräften dazu zu